

Dringlichkeitsantrag

Das unterfertigte Mitglied des Gemeinderates stellt gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 den Antrag, nachstehenden Verhandlungsgegenstand:

„Erhalt Krankenhaus Gmünd - Wir fordern den Gemeinderat der Stadtgemeinde auf geschlossen für den Erhalt unseres Krankenhauses am Standort Gmünd einzutreten.“

in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates aufzunehmen und begründet die Dringlichkeit der Angelegenheit wie folgt:

„Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,

Die geplante Schließung des Krankenhauses Gmünd und sein Ersatz durch eine Primärversorgungseinheit in Containern, finanziert durch einen privaten Investor bereitet uns große Sorge. Eine funktionierende Gesundheitsversorgung ist essenziell für die Lebensqualität und Sicherheit der Menschen in unserer Region.

Das Krankenhaus Gmünd ist nicht nur ein zentraler Bestandteil der medizinischen Versorgung, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Über 400 Bedienstete sind dort beschäftigt und blicken mit Existenzängsten in eine ungewisse Zukunft. Trotz wiederholter Hinweise unsererseits auf das von der *Kronen Zeitung* geleakte Papier wurden unsere Bedenken nicht ernst genommen. Die medizinische Versorgung einer ganzen Region wird durch diese Entscheidung massiv verschlechtert.

Vor der Gemeinderatswahl 2025 wurde seitens der ÖVP und der Bürgermeisterin der sogenannte „Gesundheitspakt“ als unwahr dargestellt. Die nun eintretenden Folgen für Gmünd sind jedoch gravierend und traumatisch.

Offene Fragen, die dringend geklärt werden müssen:

- **Wer hilft uns?** Woher kommen die Ärztinnen und Ärzte? Wer wird dort arbeiten? Gibt es ausreichend medizinisches Personal? Ohne

klare Antworten bleibt die Zukunft der medizinischen Versorgung ungewiss.

- **Welche Versorgung bleibt erhalten?** Welche Leistungen werden in der neuen Einrichtung angeboten? Werden spezialisierte Behandlungen weiterhin verfügbar sein, oder bedeutet dies für viele Menschen längere Wege und Wartezeiten?
- **Was passiert in Notfällen?** Zeit entscheidet über Leben und Tod. Wer trägt die Verantwortung, wenn Notfallpatienten durch längere Transportwege lebenswichtige Minuten verlieren? Eine schnelle Versorgung vor Ort ist unverzichtbar!
- **Ein Krankenhaus ohne Betten?** Kranke Menschen benötigen nicht nur ambulante Behandlung, sondern oft auch stationäre Betreuung. Wo sollen Patientinnen und Patienten untergebracht werden, die Überwachung oder längere Pflege benötigen?
- **Und das Personal?** Menschen, die jahrelang für die Gesundheit der Region gearbeitet haben, stehen vor einer ungewissen Zukunft. Welche Perspektiven gibt es für sie?
- **Was wird aus dem Gebäude?** Leerstand hilft niemandem. Gibt es ein nachhaltiges Nachnutzungskonzept, oder lässt man das Gebäude ungenutzt verfallen, während in teure Container investiert wird?

Unsere Region braucht eine gesicherte Zukunft! Familien und ältere Menschen sind auf eine stabile, wohnortnahe Gesundheitsversorgung angewiesen. Ohne sie verliert das Waldviertel weiter an Attraktivität und Lebensqualität. Die Gesundheitsversorgung ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität der Bevölkerung und die Attraktivität unseres Standortes.

Wir fordern daher:

- Transparenz und ehrliche Kommunikation über die Zukunft der Gesundheitsversorgung in Gmünd.
- Sicherheit für Patientinnen und Patienten sowie für das medizinische Personal.
- Echte Alternativen zur Schließung des Krankenhauses.
- Eine nachhaltige Lösung für die medizinische Versorgung, die der Bevölkerung gerecht wird.

Ein Container ersetzt kein Krankenhaus!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, wenn für eine Landesausstellung finanzielle Mittel vorhanden sind, warum nicht für unser Krankenhaus? Die geplanten Maßnahmen fügen unserer Bezirksstadt Gmünd großen Schaden zu. Wir fordern den Gemeinderat der Stadtgemeinde auf, geschlossen für den Erhalt unseres Krankenhauses einzutreten und dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Miksch und die Stadt- und Gemeinderäte der SPÖ

.....
(Unterschrift)

Hinweis: Der Antragsteller hat das Recht, seinen Antrag im Gemeinderat zu verlesen